



Die zersplitterte Gesellschaft von Bagdad

Dringend gesucht: eine Regierung

Manche im Irak fordern die Herrschaft der Technokraten, doch die USA haben die Weichen auf politischen Kampf gestellt Von Heiko Flottau



Bagdad – Wer behaupten wollte, dass sich hinter jedem Kopftuch und hinter jedem weiten schwarzen Gewand, das die Körperkonturen verhüllt, eine engstirnig denkende, ausschließlich religiös motivierte Frau versteckt, wird spätestens dann eines Besseren belehrt, wenn er Huda Noayme trifft. Die Frau ist Politologin an der Universität Bagdad. „Dass ich ein Kopftuch trage,“ sagt Huda Noayme, „hat ausschließlich mit mir und meinem Gott zu tun.“ Ihre pointierten politischen Meinungen sind gefragt – etwa beim arabischen Fernsehsender Al-Dschasira.

Da man sich im Irak der Besatzungszeit ungefähr jeden zum Feind machen kann, bekam auch Huda Noayme schon Drohungen – von jenen Schiiten, die sich zumindest anfangs zu einer begrenzten Zusammenarbeit mit den USA bereit erklärt hatten. Huda Noayme nämlich hatte ihre Landsleute aufgefordert, sich mit friedlichen Mitteln der US-Besatzungsmacht zu widersetzen. Weil sie aber schon unter Saddam Hussein Zivilcourage zeigte, können die Amerikaner ihrerseits der mutigen Frau nichts anhaben. Niemals nämlich war sie Mitglied der Baathpartei.

„Wie die Teenager“

Einige Kenner des Irak hatten vor dem alliierten Feldzug angekündigt, eine längere Besatzung werde eine national ausgerichtete Opposition schaffen. Genau diese Opposition vertritt Huda Noayme. Ihre Kritik an den Besatzern ist nicht religiös, sondern national-irakisch motiviert. Ihre Haltung wird auch durch persönliche Motive beeinflusst. Eine Schwester starb an Leukämie, weil wegen des Embargos Medikamente fehlten. „Die USA führen eine Außenpolitik nach Art von Teenagern“, sagt Huda Noayme sarkastisch, „sie beginnen einen Krieg, wissen aber nicht, was sie danach tun sollen.“

Genauso denken heute sehr viele Iraker. Sie, die Jahrzehnte unter Saddam Hussein und dann unter den auch vom Diktator verschuldeten Sanktionen gelitten haben, sehnen sich nach einem Minimum an Normalität. Die aber ist, zumindest in Bagdad, kaum irgendwo zu sehen. Der neu aufgeflamnte Krieg, der besonders Bagdad heimsucht, und die Gefahr von Raubüberfällen und Entführungen hat viele desillusioniert. „Meine grundlegende Idee ist“, sagt Huda Hoayme, „dass die Amerikaner gehen müssen. Zumindest sollen sie sich auf Militärlager außerhalb der Städte zurückziehen.“

In den Tumulten nach der Eroberung Bagdads und im Kampf um das materielle Überleben ist es vielen entgangen, dass der Irak über Nacht zu einer pluralistischen Gesellschaft geworden ist, in welcher allerdings die neue Meinungsfreiheit in fast anarchistischer Weise genutzt wird. Wo sich zwei Iraker versammeln, entstehen drei Sekten, hat der Palästinenser Hanna Batatu schon in einer Studie über das Land Ende der siebziger Jahre geschrieben. Tatsächlich sind seit Ende des Hussein-Regimes mindestens

100 Parteien und politischen Gruppierungen aus dem Boden geschossen, manche sprechen gar von 200.

Einer, der die neue politische Szenerie des Irak untersucht, ist Sadun al-Dulaime. Bevor er nach dem Krieg nach Bagdad kam, war er Mitglied jener in Washington etablierten Gruppe von Exilbürgern, die unter den Auspizien der USA Iraker für die Regierungsübernahme vorbereiten sollte. Mit Spendengeldern hat Sadun al-Dulaime ein „Zentrum für Forschung und Strategische Studien“ aufgemacht. Gleich nach dem Einmarsch haben seine Mitarbeiter Iraker nach ihrer Meinung über die US-Truppen befragt. Damals sagte eine Mehrheit, sie sähen in den Amerikanern Befreier, heute sei die Meinung umgeschlagen: Amerikaner gelten überwiegend als Besatzer, die ihre eigenen Ziele verfolgten. Sadun al-Dulaime misstraut den heimischen Politikern und lehnt den nach ethnischen und religiösen Gesichtspunkten von den USA berufenen Regierungsrat ab. „Wir brauchen“, sagt er, „eine Riege von Technokraten, die den Irak aufbauen.“

Doch die Weichen wurden anders gestellt. Politiker sollen das Schicksal des Irak in die Hand nehmen. Zu ihnen zählt auch Mahmut Osman. Er ist Kurde, hat einst in Bagdad studiert und schloss sich später dem kurdischen Widerstand und der „Kurdischen Demokratischen Partei“ Mustafa Barsanis an. In den Bergen seiner Heimat im Nordirak kämpfte er gegen Saddam Hussein. Der von den Amerikanern eingesetzte Regierungsrat, sagt Mahmut Osman, habe bisher einen großen Erfolg zu verbuchen. Er habe die von den USA geforderte Stationierung türkischer Truppen in Irakisch-Kurdistan verhindert. Osman äußert aber auch eine Kritik, die in diesen Tagen oft in Bagdad zu hören ist: „Die USA glaubten, dass es nach dem Fall des Regimes keine Schwierigkeiten geben werde. Sie haben sich nicht auf den Tag nach dem Sieg vorbereitet.“ Wie viele andere fordert Osman eine schnelle Übergabe der Macht an die Iraker. Vor allem sollte die irakische Polizei damit beauftragt werden, die Sicherheit wieder herzustellen.

Das Herz der Besatzungsmacht liegt im Republikanischen Palast, in dem einst Saddam residierte. Die hier wirkenden, aus den USA geschickten Beamten sind absolut von ihrer demokratischen Aufgabe überzeugt. Einer von ihnen ist zu einem Gespräch bereit, doch seinen Namen will er nicht genannt wissen. Nach Bagdad geschickt hat ihn das Pentagon, ansonsten hat er von der Welt noch nicht viel gesehen. Auch von der irakischen Hauptstadt hat er eigentlich nur die Autobahn gesehen, die vom Flughafen zum amerikanischen Hauptquartier in der eroberten Stadt führt. Wie hunderte aus den USA Entsandte bewegt er sich fast nur im neuerdings zusätzlich durch hohe Betonbarrieren abgesicherten Republikanischen Palast. Manche Diplomaten, die Zutritt zu dieser Festung haben (in der täglich 4000 Mahlzeiten zubereitet werden), nennen die dort residierende Schar von Jungbeamten einen „neokonservativen Kindergarten“. Denn nicht nur Mitarbeiter aus amerikanischen Ministerien arbeiten hier, sondern auch viele von den neokonservativen Denkfabriken entsandte Leute.

Er arbeite bis zu 16 Stunden am Tag – und das gehe langsam an „die Substanz“, sagt der Amerikaner, der noch keine dreißig Jahre alt ist. Man trifft ihn nicht direkt im Palast, sondern im Kongresszentrum, das auch auf dem Gelände liegt. Fast enthusiastisch berichtet der Neuling im Irak, wie viele Schulen und Krankenhäuser die Amerikaner bereits renoviert hätten. Nicht so gerne spricht er davon, dass die Besatzer in jedes irakische Ministerium Berater geschickt haben. Die sorgen etwa dafür, dass möglichst viele amerikanische Waren importiert werden. Kleinlaut aber mussten die Berater des Gesundheitsministeriums kürzlich zugeben, dass Ersatzteile für medizinische Geräte aus Europa eben nur in Europa – und nicht in den USA - zu beschaffen seien.

Das größte Problem der Amerikaner, den wachsenden irakischen Widerstand, tut er mit einer Handbewegung ab: das seien Leute, die ihre Privilegien verloren hätten und welche die amerikanischen Fortschritte beim Aufbau einer Demokratie boykottierten. Und so, als ob Amerika keine eigenen nationalen Interessen im Irak vertrete, sagt er noch, die größte Aufgabe seiner Behörde sei es, sich selbst so bald wie möglich „überflüssig“ zu machen. Dass trotz gegenteiliger Beteuerungen die Chancen für einen schnellen Rückzug derzeit schlecht stehen, wollen Amerikaner in Bagdad nicht gerne eingestehen.

Außerdem in dieser Ausgabe:

[Bericht : Raketenangriffe auf Hotels und das Ölministerium](#)

drucken ☛

Fenster schließen ☛